

Profis und Milizionäre

Vielleicht liegt es am Wort: Milizparlament. Das klingt so kriegerisch. Dabei ist damit nur ein System gemeint, dass das Parlament möglichst breit in der Bevölkerung abgestützt und verankert sein sollte. Das heisst konkret: Jeder National- oder Ständerat geht neben seinem politischen Amt noch einer anderen beruflichen Tätigkeit nach. Das schafft Kontakt zum Wähler und zur Wirklichkeit "draussen", wo oft andere Sorgen und Aufgaben anstehen als in der simulierten Scheinwelt eines Parlaments.

Der Sinn dieses Milizparlaments wird von niemandem in Frage gestellt. Und doch ist unser Milizparlament auf dem besten Wege, sich selber abzuschaffen. Wie geht das? Jeder Parlamentarier soll künftig einen Mitarbeiter beschäftigen können, dazu stehen ihm jährlich 40'000 Franken zur Verfügung. Dieser Angestellte erledigt Korrespondenzarbeiten, betreibt Recherchen, schreibt Vorstösse und schafft Kontakte zu den Medien. Die SP-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot hält fest: "Wir wollen eben nicht ein Berufsparlament, sondern wir wollen das Milizparlament beibehalten – wie wir es definiert haben: mit Mitarbeitenden."

Frau Vermot definiert aber recht eigenwillig, so dass vom Milizparlament letztendlich allein der Name übrig bleibt, der eigentliche Kern und Zweck dieses Systems aber ausgehöhlt würde. Das Milizparlament ist nämlich geschaffen worden, um den Staat schlank zu halten, um die Politik nicht zu einem undurchschaubaren Verwaltungsapparat aufzuplustern, um der Bürokratie natürliche Grenzen zu setzen und deren Auswüchse durch knappe Mittel möglichst zu begrenzen.

Beim Wort „Professionalität“ denken manche an Effizienz, Elan und Dynamik. Doch eine Professionalisierung der Politik bedeutet in erster Linie mehr Administration, vor allem aber auch mehr Abhängigkeit. Wer nichts anderes kann als politisieren, wird sein Amt nicht durch Grundsatztreue und Geradlinigkeit aufs Spiel setzen wollen. Ein SP-Nationalrat (Claude Janiak) meinte, man müsse sich dieses Amt leisten können – bei einer Jahresentschädigung von gegen 100'000 Franken eine etwas gewagte These. Man könnte nämlich auch umgekehrt fragen: Wollen wir uns ein Verwaltungsparlament leisten und Mittel sprechen, die diesen bürokratischen Koloss noch unnötig nährt?